

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:  
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Posten 70 Pf.,  
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Posten 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Wochenblatt 30 Pf.

## Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten  
Deutschlands: R. Hoffe, Dautenheide & Vogler, G. L. Daube,  
Invalidenbank, Berlin. Bernh. Altm., Mar. Gerstmann,  
Görlitz. B. Thienes, Greifswald. G. Jüles, Halle a. S.  
Jul. Ward & Co. Hamburg. Joh. Nothmann, A. Steiner,  
Wilmshausen. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.  
Gehr. Fischer, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

## Der spanisch-amerikanische Krieg.

Überwiegend hat Amerika über Spanien einen entscheidenden Erfolg davongetragen: in später Nachtstunden trifft die Nachricht ein, daß Santiago kapituliert hat. Sie kommt zu so überraschender, als nach den letzten Meldungen die amerikanische Belagerungsarmee vor Santiago sich in einer sehr schwierigen Lage befindet, namentlich seitdem das gelbe Fieber unter ihr in steter Zunahme begriffen ist. Einem Gerüchte zufolge soll auch General Duffield am gelben Fieber erkrankt sein. Nach gestern forberte eine Meldung aus Madrid zufolge die Regierung den Marschall Blanco drähtlich auf, dem General Toral den Widerstand bis aufs äußerste anzubefehlen, da Blanco gedroht hatte, seiner Meinung nach müsse man den Krieg fortsetzen. Aufsehnend ist aber dieser Befehl gestern noch nicht in Santiago eingetroffen, denn die Spanier künftigen gestern neue Kapitulationsverhandlungen an.

Dazu meldet ein Telegramm aus Washington von gestern Vormittag: Eine soeben eingegangene Depesche des Generals Schafter meldet, daß die Spanier Kommissare ernannt hätten, um über die Bedingungen der Kapitulation Santiagos zu verhandeln. Nach einer Konferenz im Weißen Hause wurde dem „Bureau Neuter“ zufolge an General Schafter eine Depesche gefandt, welche diesen anweist, den spanischen Vorschlag zu verwerfen und Alles abzulehnen, ausgenommen die sofortige bedingungslose Übergabe Santiagos.

Weiter liegen folgende Telegramme vor:  
Wien, 14. Juli. Der „N. Fr. Pr.“ meldet man aus Madrid, Sagasta erklärte bestimmt die Gerüchte über eine Ministerkrise für unbegründet; er sei entschlossen, auszuharren und auf den Frieden mit allen Mitteln hinzuwirken. Der Kampf auf Cuba müsse aufgegeben werden, da die Amerikaner Herren zur See seien und die Insel auszunehmen würden, ohne sich den spanischen Kugeln auszusetzen. Auch zahlreiche Handelskammern erklärten die Regierung, Frieden zu schließen, um Spanien vor dem wirtschaftlichen Ruin zu bewahren. Den äußeren Anlaß zu Friedensverhandlungen wird der Fall Santiagos oder Manila bieten.

Nach einer Pariser Meldung, der „Polit. Korr.“ flohen die Bemühungen, Friedensverhandlungen zwischen Spanien und Amerika anzubahnen, auf Schwierigkeiten. Man habe sich bezüglich des Gegenseitigen Mac Kinley's allzu optimistischen Hoffnungen hingelassen. Trotzdem blieben die Mächte aber bemüht, die baldige Einstellung der Feindseligkeiten herbeizuführen.

Madrid, 14. Juli. Der Minister des Innern äußerte sich dahin, er könne nicht in Abrede stellen, daß mehrere Minister für den Friedensschluß wären. Inzwischen wäre eine Lösung der Frage schwierig.

Ueber die Friedensfrage liegt heute noch eine ganz interessante Zuschrift der „Polit. Korr.“ aus Petersburg vor, der wir das Folgende entnehmen: „Es besteht in den hiesigen politischen Kreisen keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß Spanien durch die Herausgabe der Friedensverhandlungen nicht das Geringste zu gewinnen hat. Die Folgen des Unfriedes, um dem es betroffen wurde, werden vielmehr um so empfindlicher sein, je länger es sich weigert, um den Frieden anzugehen, da bei der Fortdauer des Krieges mit der Zunahme an Opfern, die Amerika dafür bringen muß, und in Folge der vorauszuweisenden weiteren Siege selbstverständlicher auch die Friedensbedingungen der Union härter ausfallen werden. Ein verzweifelter Kampf bis zum Versterben verdrängt gewiß Heroismus, in diesem Falle würde er aber fast einem Selbstmord gleichen, und es wäre eine Pflicht der Regierung, die Leidenschaften nicht bis zu einem Punkte gelangen zu lassen, wo man selbst vor einem solchen Kampfe nicht zurückfährt. Man überlebt in Petersburg nicht, daß die spanische Regierung auch aus dem Grunde Bedenken trägt, die Wahn der Friedensverhandlungen zu betreten, weil sie befürchtet, daß die Umsturzparteien die angebliche Demütigung, die Spanien dadurch erleiden würde, gegen die Dynamite ausbreiten könnten. Es sollte aber in Madrid bedacht werden, daß die Tendenzen dieser Parteien eine noch größere Gefahr für das bestehende Regime bedeuten würden, wenn Spanien in einem vergeblichen Kampfe gegen Amerika seine Kräfte erschöpft und in Folge dessen die Verteidigungsmittel des Staates dann vielleicht auch zur Niederschlagung eines Aufstandes im Lande nicht ausreichen. Die Verzögerung der Friedensverhandlungen kann somit auch den dynastischen Interessen nur Nachtheil bringen. Die Spanier haben während der zwei Kriegsmomente ihren Heroismus bewiesen und für die Ehre des Vaterlandes genug gethan, und in der ganzen zivilisierten Welt wird Niemand ein Wort des Tadel für die spanische Regierung finden, wenn sie dem zweifelhaften Schlagen ein Ende setzt. Die Versicherungen der gesamten europäischen Presse beweisen, daß man eine solche Handlungsweise des Madrider Kabinetts überall nur als eine Betätigung des Wohlwollens, vernünftigen Patriotismus betrachten würde. Dazu kommt, daß die europäischen Mächte der spanischen Regierung die schwere Aufgabe zu erleichtern und ihr die Demütigung, selbst um den Frieden in Washington anzugehen, zu ersparen bereit sind. Man darf überzeugt sein, daß keine der Mächte, die um eine Vermittelung angegangen werden sollte, diesen Dienst verweigern würde, und ebenso ist man zu der Erwartung berechtigt, daß die Union ein solches Vermittelungsangebot nicht ablehnen würde. Was nun die in diesem Punkte zu treffende Wahl anlangt, könnte es Spanien am vorteilhaftesten erscheinen, etwa Frankreich oder England für diese Mission auszuwählen, da das Eingreifen dieser mit beiden kriegführenden Parteien freundschaftliche Beziehungen unterhaltenden Staaten den Erfolg der Mediation fördern und den Gang der Friedensverhandlungen gewiß bedeutend erleichtern würde, was z. B. bezüglich Englands, das wegen seiner seit Beginn des Krieges Spanien gegenüber eingenommenen Haltung in diesem Lande keine besonderen Sympathien genießt, nicht gesagt werden könnte. Der Wunsch nach Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Spanien und Amerika ist übrigens in England so lebhaft, daß die hiesige Presse die Ansicht vertritt, Europa sollte, falls Spanien sich zur Annahme

einer Intervention nicht entschließen kann, aus eigener Initiative eine Aktion zur Herbeiführung des Friedens einleiten. Wenn eine der Regierungen auf dieser Bahn voranginge, würden ihr, wie man hier überzeugt ist, wahrhaftig die anderen nachfolgen. Unter allen Umständen kann dies, wie Ihr Korrespondent zu versichern in der Lage ist, von Ausland behauptet werden. Man würde in Petersburg eine solche Aktion, welche in der zivilisierten Welt überall Anerkennung finden müßte, mit lebhaftem Beifall begrüßen und keinen Augenblick zögern, dieses Werk kräftig zu unterstützen.

## Zur Dreyfus-Angelegenheit

Schreibt man aus Paris: Die Dreyfusache ist derart verfahren, daß die Regierung keinen Ausweg findet. Im Schooße der Regierung selbst herrscht arger Meinungszwist; Cavaignac will die Verhaftung des gesamten „Dreyfus-Syndikats“, wogegen Brissot Einsprache erhebt. Cavaignac's Verhaftung bedeutet einen bösen Streich, welcher der Unterjüngerschaft Vertulius der Regierung spielte, weshalb die ganze Generalstabspresse die Abjurgation Vertulius' fordert. Der „Jour“ kündigt für morgen sensationelle Verhaftungen an.

Bei dem gestrigen französischen Nationalfeste war allem Anscheine nach nicht der Präsident der Republik, Felix Faure, sondern der Zivilkriegsminister Cavaignac die am meisten gefeierte Persönlichkeit.

Präsident Faure verließ um 2 Uhr 25 Minuten zu Wagen das Elysee, um sich zur Reine nach Longchamps zu begeben. An seiner Seite saß in Vertretung des unspätlichen Ministerpräsidenten Brissot der Kriegsminister Cavaignac. Um 3 Uhr traf der Präsident in Longchamps ein. Auf dem ganzen Wege dorthin ertönten zahlreiche Rufe: „Es lebe der Präsident! Es lebe Cavaignac!“ Es fand kein Zwischenfall statt.

Jugendlich schreibt aber die durchaus französischen „Independance Belge“ an der Spitze ihrer gestern Abend eingetroffenen Nummer: „Es erscheint heute durchaus klar, daß Herr Cavaignac sich in ganz Europa mit ungeheurer Väterlichkeit bedeckt hat, indem er von der Tribüne der Deputiertenkammer herab die besagten Affenstücke über die Dreyfus-Angelegenheit verlor. In London, in Wien, in Rom, in Berlin, in Petersburg, in Paris selbst wundert man sich, über die Naivität, mit der der stürmische Kriegsminister und das gesamte Kabinett Brissot, das sich leider dafür polibisch gemacht, durch magische Fälscher sich mystifizieren ließen, so daß sie für das Französisch eines Votivschiffes angedacht den an das Baubüro erinnern Jargon angeblicher Affenstücke hielten, die Cavaignac als die Grundlage seiner Ueberzeugung von der Schuld des Dreyfus anführte.“

Der französische Senator Scheurer-Kesner protestiert inzwischen öffentlich gegen die Behauptung, daß er sich von der Dreyfus-Affäre zurückgezogen habe, weil er einfach, daß er getäuscht wurde. Er schreibt: „Ich habe nie an der Sache gezweifelt, der ich mich gewidmet habe, und zweifle heute weniger als je an ihr. Ich bleibe der Verteidiger der unterdrückten Unschuld, da die Gegner meine Ueberzeugung nicht erschüttert haben.“

Die Freunde der Antidreyfusianer über die gegen Picquart und Leblois eingeleitete Untersuchung, welche die beiden vor die 8. Kammer des Justizpalastes führen soll, der die Spionage-Fälle zugewiesen zu werden pflegen, wird durch die Verhaftung Cavaignac's und der Person, bei der er wohnte, einer gewissen Marguerite Pays, stark getrübt. Die „Libre Parole“ verlangt denn auch schon Nachschuß über das Unhörte, daß bei Picquart in aller Güte und Würde Hausdurchsuchung gehalten wurde, und daß der Major Esterhazy im Gefängnis La Santé und Madame Pays in Saint Lazare sitzt. Der Major, liegt man im Heßblatte Drumont's, hat übrigens im Augenblicke seiner Verhaftung das Mächtige gesagt: „Einer von uns beiden mußte geopfert werden, und man hat mich ausersehen.“ Esterhazy sah vor seiner Verhaftung vor einem Staffschau der großen Boulevards, als ein Bekannter ihm zurannte, daß seiner Geliebten sei eine Hausdurchsuchung im Gange. Der Major zuckte die Achseln und sagte: „Ach ja, ich weiß, es geht nur der Form wegen.“ Er begab sich gegen neun Uhr unbefragt nach der Rue du Douai, wo er seit der Trennung von seiner Gattin sein Quartier aufgeschlagen hat, und war sehr erkrankt, als er den Untersuchungsrichter Vertulius und seine Begleiter noch vorfand, welche alle Papiere zusammengegriffen und als ein Sack voller Geld für klein war, in Handschuhen untergebracht hatten. Er traute seinen Ohren nicht, als der Untersuchungsrichter ihm erklärte, er sei verhaftet und seine Gattin ebenfalls. Nachdem er sich erholt hatte, nahm der Untersuchungsrichter ein kurzes Verhör mit ihm vor, dem er sich nur widerwillig fügte.

## Aus dem Reiche.

Bei dem König von Sachsen sind wieder Blasenblutungen eingetreten. In Folge dessen ist der König genötigt, sich einige Schonung aufzuerlegen. Die zum Freitag und Sonnabend angelegten Audienzen sind für eine spätere Zeit in Aussicht genommen. — Auf Schloß Rastenburg erfolgte gestern die Großjährigkeits-Erklärung des jüngsten Sohnes des Prinzen Albrecht, des Prinzen Friedrich Wilhelm, der an diesem Tage sein 18. Lebensjahr vollendete. Aus diesem Anlasse waren der Erbprinz, die Frau Erbprinzessin und Prinzessin Feodora von Sachsen-Meinungen dort eingetroffen; ferner waren auswendig der Oberpräsident Fürst von Hohenhausen, der Regierungspräsident Dr. von Heydebrand und der Laus, der Landrat des Kreises Frankenstein, Geheime Regierungsrath Held, und eine Anzahl höherer Beamten der Herrschaft Rastenburg. Mittags hatte sich das Trompeterkorps des Leib-Kürassiers-Regiments „Großer Kurfürst“ aus gleichem Anlaß von Breslau nach Rastenburg begeben. — Der badische Minister von Brauer erlitt gestern einen schweren Ohnmachtsanfall. Er wohnte als Vertreter des badischen Ministeriums in Augen der Beerdigung des Geheimen Kommerzienrathes Strauß bei und erkrankte dabei in der genannten

Art. Ärztliche Hilfe war sofort zur Stelle. Der Kourierzug Basel-Karlsruhe wurde in Augen zum Halten gebracht, und der Minister in demselben nach Karlsruhe transportiert. Nach einem später eingetroffenen Telegramm war der Anfall ohne nachteilige Folgen. Minister von Brauer führt angeblich wieder Staatsgeschäfte aus.

Generalleutnant z. D. von Geisler, ehemaliger militärischer Erzieher des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen, ist gestern früh auf seinem Gute Leopoldsdorf, 65 Jahre alt, in Folge eines Schlaganfalls gestorben. — Das Bismarckdenkmal zu Wiesbaden wird am 2. September enthüllt werden. — Amtlicher Nachweisung zufolge hat die Einnahme an Wechselstempelsteuer im deutschen Reiche für das erste Viertel des laufenden Etatsjahres 2 658 530,90 Mark oder 298 315,80 Mark mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres bezogen. — In Alenburg wird die Errichtung einer Landwirtschaftskammer für das Herzogthum Sachsen-Altenburg in Erwägung gezogen. — Verschiedene Breslauer Gewerkschaften weigerten sich, die vom Polizeipräsidenten geforderten Mitgliederverzeichnisse einzureichen, und stützen sich auf eine kammergerichtliche Entscheidung, welche die polizeiliche Einforderung solcher Listen nur bei der Vereinsgründung für gerechtfertigt hält. — Der nationalliberale Landtags-Abgeordnete Dr. Vöttinger in Elberfeld hat anlässlich seines 50. Geburtstages für die Arbeiter der Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer u. Co., deren Direktor er ist, 20 000 Mark geschenkt. — Der Detaillisten-Verband von Rheinland und Westfalen hatte in seiner letzten Hauptversammlung einen aus 14 Vertretern des Textil-Handels in Rheinland und Westfalen bestehenden Ausschuss eingesetzt, der geeignete Maßnahmen gegen die Großhändler und das Filialwesen vorschlagen sollte. Dieser Ausschuss ist zu folgenden Beschlüssen gelangt: „Großhändler sollen mit einer Sondersteuer belegt werden. Unter Großhändlern sind Geschäfte zu verstehen, die alle möglichen, nicht zusammengehörenden Artikel führen, und die durch die Anzahl ihrer Angelegten und den Umfang ihrer Verkaufsräume die Merkmale eines Großhändlers an sich tragen.“ Gegen die Geschäftsfaktoren am selben Ort wird vorgeschlagen, daß sie von der Gemeinde mit einer progressiven Steuer belegt werden. Zweigstellen auswärtiger Detaillisten sollen ebenfalls von der Gemeinde mit einer Sondersteuer belegt werden, die nach der Anzahl der im Lande bestehenden Zweigstellen des Mutterhauses progressiv gestaltet werden soll. Ein letzter weiterer Vorschlag soll zur Einschränkung des Firmenwuchers dienen. Erfolgt die Uebertragung eines Geschäfts, das noch nicht sechs Jahre besteht, so soll die alte Firma gelöst werden. Nimmt die Firma einen oder mehrere Theilhaber auf, so soll der Name des oder der hinzutretenden Theilhaber in der Firma zum Ausdruck kommen, ausgenommen Firmen, die an direkte Erben übergehen. Jede Bezeichnung, die sich auf die frühere Firma bezieht, soll verboten werden, außer beim Sterbefall oder bei Arbeitsunfähigkeit des Geschäftsinhabers oder solcher Familienangehörigen, deren Fehlen die Fortführung des Geschäfts erschweren würde.

## Deutschland.

Berlin, 15. Juli. Vor einiger Zeit ging eine offiziöse Mittheilung durch die Presse, daß nunmehr auch diejenigen Universitätsprofessoren, welche bisher von der Befolgungsverbesserung ausgeschlossen waren, nämlich die Mediziner und Naturwissenschaftler, die Anfrage erhalten hätten, ob sie sich dem neuen Befolgungssystem unterwerfen und dafür auf einen Theil ihrer kollegienhonore verzichteten wollten. Wie die „Nat.-Zit. Korr.“ hört, ist diese Anfrage jetzt tatsächlich ergangen, aber in einer Form, die dringend der Aufklärung seitens der Unterrichtsverwaltung bedarf. Der Anfrage sei nämlich der Staatsvermerk über den Befolgungsfonds der Professoren vorangestellt, und diesem seien dann „Erläuterungen“ des Kultusministeriums beigefügt, die in dem Vermerk gar keinen Inhalt finden, demselben u. A. sogar direkt widersprechen und jedenfalls geeignet sind, die Befolgungsverbesserung in ihr Gegentheil zu verkehren. Befordere gelte dies von der Erläuterung Nr. 4. Es heiße da:

„Bezieht ein Professor neben der Befolgung der ihm übertragenen Professur anderweitige fortlaufende Einnahmen in einem bestimmten oder abschätzbaren Betrage von mehr als 1800 Mark jährlich aus öffentlichen oder privaten Tätigkeiten, so sind diese mit denjenigen Beträgen, welche die Gesamtsumme übersteigt, auf die jeweils zahlbare Befolgung in Anrechnung zu bringen. Es wird hierbei bemerkt, daß es dem Minister vorbehalten bleibt, bei steigenden und fallenden Einnahmen eine bindende Festsetzung über die Höhe derselben auf Grund eines vorläufigen zu verwendenden Durchschnittsbetrages im Voraus zu treffen. Unter die Einnahmen im Sinne dieser Bestimmungen fallen nicht a. Einkünfte aus literarischer Tätigkeit vom rein wissenschaftlichen Charakter, b. Honorare für Universitätsvorlesungen (Vorlesungen, Kurse etc.) und Prüfungsgebühren mit Ausnahme der Promotionsgebühren.“

Daß in benannten Fällen, wo große Nebeneinnahmen mit der Professur verbunden sind, eine Ausnahme vom Grundsatze und von der Dienstalterszulagen stattfinden kann, darüber ist man sich auch im Abgeordnetenhaus einig gewesen. Daß aber die preussische Unterrichtsverwaltung diese Ausnahmen in der Weise ausdehnen könne, daß die Nebeneinnahmen auf das Gehaltsgesamt vermindert werden sollen, wodurch der betr. Professor unter Umständen überhaupt kein Gehalt bezieht, das hätte wohl niemand für möglich gehalten. Die „Nat.-Zit. Korr.“ sagt in dieser Beziehung: Wenn beispielsweise ein Kliniker, der ca. 20 000 Mk. aus ärztlicher Praxis bezieht, sich dieser Bestimmung unterwerfen hat, so würde er in Zukunft den ehrenvollen Vorzug genießen, überhaupt kein Gehalt mehr zu beziehen, sondern dem Staate umsonst zu dienen. Das ist ein Zustand, der nicht nur mit der Staatsdienerschaft unvereinbar ist, sondern auch eine Ausbeutung persönlicher Arbeitskraft darstellt, die des Staates unwürdig ist. Wenn übrigens ein Kliniker, bei einem Chemiker zc. noch ein gewisser Zusammenhang zwischen seiner amtlichen Stellung und dem Bezug von

Nebeneinnahmen vorhanden ist, so wird die erwähnte Bestimmung um so weniger verständlich, wenn sie auch auf diejenigen Fälle angewendet wird, wo dieser Zusammenhang fehlt. Nach ihrem Wortlaute ist es nämlich nicht ausgeschlossen, daß sie auf alle Arten „privater Tätigkeit“ Anwendung findet. Ein Jurist beispielsweise, der in seinen Mußstunden Romane schreibt, die ihm Geld einbringen, kann sich für die Zukunft ebenfalls darauf gefaßt machen, daß ihm diese Einnahmen auf sein Gehalt angerechnet werden.

Der Vertreter der preussischen Regierung hat dieser Tage, wie mitgeteilt, nach dem „Derschlag“ Tagel. in der Sitzung der Doppelher Handelskammer erklärt, an eine Aufhebung der Schweineperre sei kein Fall zu denken. Bekanntlich lauzten über die hohen Schweinefleischpreise nicht nur die Bewohner Oberschlesiens; die Theuerung macht sich überall in den auf die russische Zufuhr angewiesenen Landestheilen sehr unangenehm bemerkbar. Hinsichtlich des Schweinemangels in Berlin z. B. schreibt die „Deutsche Fleischergzt.“: „Bei dem etwas über 7000 Schweinen betragenden Auftrieb des Berliner Marktes am letzten Sonnabend war wirklich 1. Qualität fast gar nicht vorhanden. Der Marktbericht notirt bis 59 Mk., in Wahrheit wurden für einermäßen entsprechende Waare 60 Mk. pro 100 Pfund mit üblichem Prozentsatz bezahlt; um 10 Uhr war der Markt geräumt, und das nennt der amtliche Marktbericht: „Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird geräumt.“ Nicht nur jeder Berliner Markt, sondern sämtliche Schlachtviehmärkte geben zur Zeit den unumstößlichen Beweis, daß die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage ist, Deutschland mit genügendem Schweinematerial quantitativ und qualitativ zu versorgen. In Berlin sind im Juni 1898 genau eintaufen Schweine weniger als im Juni 1897 geschlachtet!“ Auch gegen eine vermehrte Schweineinfuhr werden wie bei der heute in Kraft tretenden Verordnung über den Gänsetransport nur sanitäre Gründe geltend gemacht; man fragt sich aber unwillkürlich, wie sich mit diesen gleichwohl die thätigkeits bestehende, von der Verwaltung genehmigte Einfuhr von wöchentlich 1360 russischen Schweinen vereinigen läßt: dürfen 1360 Schweine eingeführt werden, dann doch wohl auch 2000.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Konstantinopel telegraphirt: Ein kaiserliches Erbe ordnet an, daß das berühmte Leib-Kavallerie-Regiment Erzogin, welches im Vilids-Kloster garnisonirt und aus einem Divisionsgeneral und einem Brigadegeneral, 2 Obersten, 40 Offizieren und 500 Mann besteht, nach Palästina gehen soll, um während des ganzen Aufenthalts Kaiser Wilhelms daselbst diesem als Ehren-Gesolge zu dienen.

Kürzlich sind mehrere Studenten der Bergakademie zu Freiberg i. S. wegen Verhüttung ihrer sozialdemokratischen Gesinnung relegirt worden. Der Ausweisungsbefehl hat nach dem „Vorwärts“ folgenden Wortlaut: „An den Bergakademiker A. N. Nach den Ergebnissen der stattgehabten Disziplinar-Untersuchung ist für erwiesen zu erachten, daß Sie in der letzten Zeit am hiesigen Orte mit erklärten Anhängern der sozialdemokratischen Partei Verkehr gepflogen haben. Mit den Begriffen von Sittlichkeit und Anstand (§ 3d des Disziplinarregulativs), wie sie in denjenigen Kreisen maßgebend sind, welchen die Studirenden der Bergakademie angehören, ist ein solches Verhalten unvereinbar. Der Senat der Bergakademie erachtet deshalb Ihre ferneres Verbleiben an der Bergakademie nicht für angängig und hat auf Grund der obenwähnten und der Bestimmung in § 5 Abs. 4 des Disziplinarregulativs beschlossen, Sie, wie Ihnen hiermit eröffnet wird, mit der Strafe der „Beweisung von der Bergakademie“ zu belegen. Der Senat der königlichen Bergakademie.“

Das Reichspostamt hat sich mit den Bundesstaaten, die ein Poststempelrecht besitzen, in Verbindung gesetzt und deren Gutachten eingeholt. Vorher waren in allen Städten, wo Privatpostanstalten bestehen, Erhebungen angestellt worden. Durch diese amtlichen Ermittlungen ist festgestellt worden, welches Privatpostanstalten zur Zeit bestehen, welche Personalbestand oder vorübergehend beschäftigt ist, wie viele Beamte oder Personen über und unter 1500 Mark beziehen, wie viel Hilfsarbeiter angestellt sind, welches durchschnittliche Jahresgehalt alle drei Klassen beziehen, wie viele Personen in ihrer Erwerbsfähigkeit dauernd beeinträchtigt sein würden, namentlich welche Personalloslassungen bei den bestehenden Privatpostanstalten voranschreiten würden. Staatssekretär v. Boddieck hat schon früher den Standpunkt eingenommen, daß ein Nachschuß auf Entschädigungen nicht bestimme und höchstenfalls Billigkeitsgründe geltend gemacht werden könnten. Die brauchbaren und dazu geeigneten Privatpostbeamten wollte er in den Reichspostdienst übernehmen, den anderen zurückbleibenden eine mögliche Entschädigung gewähren. Nur angelegtes Kapital, nicht „entgangener Gewinn“ dürfte entschädigt werden.

## Belgien.

Brüssel, 14. Juli. Gestern starb hier im Alter von 62 Jahren der Generaldirektor der Archive im Auswärtigen Amt, Emil Vanning. Er war im Jahre 1876 durch den König zum Schriftführer der Internationalen Afrikanischen Assoziation ernannt worden und nahm einen regen Antheil an der Kolonialpolitik, die 1885 zur Gründung des Kongostaates führte. Sein Werk über die politische Theilung Afrikas ist ins Deutsche überetzt worden. 1890 war er belgischer Bevollmächtigter auf der internationalen Antislavereikonferenz zu Brüssel. Bis vor einigen Jahren war er einer der vertrautesten Mitarbeiter des Königs.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. Juli. Nachdem die Besprechung des Grafen Thun mit den Vertretern des verfassungstreuen Großgrundbesitzes betreffend die Sprachenfrage beendet war, beriet am Nachmittag die Vertreter des Großgrundbesitzes unter sich und werden morgen dem Ministerpräsidenten ihre Abstimmung mittheilen. Wie verlautet, erachten auch sie den Regierungsvorschlag für unannehmbar und lehnen ihn ab.

Peft, 14. Juli. Angesichts der Gestalt der Dinge in Oesterreich tritt nunmehr an Banffy die Aufgabe heran, einen den Bestim-

mungen der ungarischen Verfassung halbwegs entsprechenden Ausweg zu finden, der es ermöglichen würde, daß der Ausgleich gegebenenfalls auch auf der Grundlage des österreichischen § 14 zu Stande komme. Wie man bestimmt erfährt, ist darüber ein Einvernehmen grundsätzlich bereits getroffen. Es wird sich daher bloß um gewisse Formlichkeiten handeln, von denen auch diejenige als möglich bezeichnet wird, daß Banffy zunächst seine Entlassung einreicht, um dann abermals mit der Kabinettsbildung betraut zu werden, und ohne Rücksicht auf seine bisherigen Erklärungen dem Grafen Thun die Sache ins Geleise zu bringen.

## Frankreich.

Paris, 14. Juli. Anlässlich der Neuverrichtung der Präsident Faure an den Kriegsminister Cavaignac ein Schreiben, worin es heißt: „Das imposante Schauspiel, dem wir soeben beizuwohnen, gab uns Gelegenheit, die prächtige Haltung der Truppen aller Waffengattungen zu bewundern. Frankreich beglückwünscht voll Vertrauen und Stolz sein Heer, dessen Stärke und gute Ausbildung soeben wieder einmal bestätigt wurden.“ Faure bittet den Kriegsminister, dem Gouverneur und der Besatzung von Paris seine und der Regierung der Republik Glückwünsche auszusprechen. Cavaignac übermittelte dieses Schreiben dem Militär-Gouverneur von Paris mit der Bitte, es den Truppen zugleich mit dem Ausdruck seiner persönlichen Beglückwünschung mitzutheilen. Präsident Faure reiste 6 1/2 Uhr nach Namboillet ab.

## Rußland.

Petersburg, 14. Juli. Aus authentischer Quelle verlautet, daß die jüngsten deutsch-russischen Tarifverträge zu beiderseitiger Zufriedenheit endgültig beigelegt seien.

## Rumänien.

Constanza, 14. Juli. Aus Anlaß der Inbetriebstellung der zwei neuen Schiffe für den rumänischen Seebienst fand an Bord des einen neuen Schiffes „König Carol“ ein Bankett statt, bei welchem der König in Beantwortung einer Rede des Arbeitsministers auf die Fortschritte von Rumänien's Handel hinwies. Rumänien habe sich durch emsige Arbeit einen bedeutungsvollen Platz unter den europäischen Staaten erworben. Er hoffe, daß auf den Schiffen überall, wo sie sich befinden, der allen Anwesenden theuere Ruf „Es lebe Rumänien“ widerhallen werde.

Der König und der Prinz Ferdinand mit Gemahlin blieben die Nacht über an Bord des Schiffes und begaben sich im Laufe des Vormittags nach Sinaja zurück.

## Türkei.

Konstantinopel, 14. Juli. Die letzte Rate der griechischen Kriegsschuldung ist zum festgesetzten Termin bei den Filialen der Ottomanbank in Paris und London eingezahlt worden.

## Afien.

Hongkong, 14. Juli. Die Niederlage der chinesischen Truppen durch die Aufständischen bestätigt sich. In Kuchow wurden die Leichen von etwa 1000 Mann aus dem Flusse gefischt und beerdigt. Wahrscheinlich sind die Verluste der kaiserlichen Truppen größer, als zunächst angenommen wurde. In Canton heißt es, der Dr. Sun-hatsen, dessen Festnahme in der chinesischen Gefangenschaft in London seiner Zeit so großes Aufsehen erregte, sei ein hervorragender Führer der Aufständischen. Es verlautet, die Aufständischen hätten beschlossen, nicht über Shaohing und Samchi hinaus vorzurücken, da höchstwahrscheinlich Verwicklungen mit dem Auslande entstehen würden, wenn Canton angegriffen würde. Diese Nachricht wird in Canton aber mit großem Argwohn betrachtet, da man dort große Sympathie für die Aufständischen hegt.

## Afrika.

Kairo, 7. Juli. Das Verfahren gegen den Prinzen Ahmed Sefed-bin wegen des Mordattentates gegen seinen Schwager den Prinzen Ahmed Fuad, einen Sohn Ismail Paschas, ist nun beendet. Der Verteidiger hatte sich bemüht, seine Unschuld zu beweisen, indem er behauptete, allein der Verdacht war nicht gelungen. Nach einer zwei und einhalbtägigen Verhandlung sprach der Gerichtshof das Urtheil, das auf sieben Jahre Gefängnis und Zahlung der Befolgungskosten im Betrage von 1895 ägyptische Pfund d. i. 47 500 Pfund lautete. Prinz Ahmed Sefed-bin meldete hiergegen die Berufung an. Die Appellverhandlung wird aber nicht vor Oktober stattfinden. Durch Zeugenaussagen und durch die in der Verhandlung vorgelegten Briefe war nachgewiesen worden, daß Sefed-bin das Attentat verübt habe, um seine Schwester, die Gattin Ahmed Fuad's an ihrem Manne zu rächen, den sie verabscheute. Prinzessin Schewafar, die Schwester Ahmed Sefed-bin's, hatte an ihren Ansel, an ihre Tante und an ihren Bruder Briefe gerichtet, in denen sie sich über die schlechte Behandlung, die sie seitens ihres Gatten erfahre, beklagte und erklärte, daß sie wie eine Gefangene in ihrem Hause betrachtet werde. Prinzessin Schewafar ist wie ihr Bruder sehr reich. Prinz Ahmed Fuad hat sich von seiner Gattin vor einigen Wochen scheiden lassen. Der Verhandlung gegen seinen Schwager hat er nicht beigewohnt, da er Egypten schon am 25. Juni verlassen hatte, um sich nach Europa zu begeben. Der Gerichtshof ließ mittheilen, daß das Urtheil lautete auf sieben Jahre Gefängnis statt auf lebenslänglichen schweren Kerker.

## Arbeiterbewegung.

Zu Berlin scheint der Maurerstreik, der trotz der anfänglich ablehnenden Haltung eines großen Theils der Maurer am Montag proklamiert wurde, einen größeren Umfang annehmen zu wollen. Die Bau-Unternehmer hat indeß der Zustand nicht unerwartet und unvorbereitet getroffen. Die Maurermeister haben in der Provinz weitere Arbeitskräfte anwerben lassen, die sich schon auf dem Wege nach Berlin befinden. In Arbeiterkreisen glaubt man, daß der Zustand vornehmlich in Folge mangelnder Geldmittel in kurzer Zeit sein Ende erreichen



von Wih. Werner & Co.,  
Landwirthschaftliche Samenhandlung, Berlin N.,  
Chausseestr. 3,  
vom 14. Juli 1898.  
Das lebhaftere Geschäft, welches wir am  
Schluß unseres letzten Berichts in Aussicht